

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

10. August 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

In der vergangenen Woche kam es wieder zu Kämpfen und Anschlägen, wobei auch die Hauptstadt Kabul schwer betroffen war. Am 06.08.15 tötete ein Selbstmordattentäter in der Provinz Logar (Zentrum) bei einem Anschlag auf eine Polizeistation sechs Zivilisten, 26 wurden verletzt. Am 07.08.15 wurde Kabul durch Anschläge auf eine Polizeiakademie und einen US-Militärstützpunkt erschüttert. Dabei starben mehr als 50 Menschen, über 240 wurden verletzt. Am 09.08.15 starben in Kandahar (Süden) zwei Zivilisten, als ihr Bus auf eine Mine fuhr, in Khost (Osten) weitere sechs Zivilisten bei einer Explosion. Am 08.08.15 tötete ein Selbstmordattentäter mindestens 21 Menschen in der nördlichen Provinz Kunduz. In der nördlichen Provinz Baghlan wurden in den letzten zehn Tagen zwölf Moscheen in Brand gesetzt.

Weitere Kämpfe gab es in Nangarhar (Osten), Badakhshan, Kunduz (Nordosten), Jawzjan, Sar-i-Pul (Nordosten), Helmand, Kandahar, Zabul (Süden), Paktika, Ghazni (Südosten), Logar (Zentrum) und Kabul (Distrikt Sarobi). Bei Kämpfen zwischen Anhängern des IS und der Taliban starben am 06.08.15 in Nangarhar (Osten) 74 Kämpfer beider Seiten.

Nach Angaben der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) seien im ersten Halbjahr 2015 1.592 Zivilisten getötet und 3.329 weitere verletzt worden. Die Zahl der zivilen Opfer sei damit um ein Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen.

Taliban erhängen Frau wegen außerehelicher Beziehung

In der nordafghanischen Provinz Badakhshan wurde am 08.08.15 eine Frau unter dem Vorwurf einer außerehelichen Beziehung öffentlich gehängt.

Irak

Anschläge

In der Provinz Diyala wurden am 05.08.15 bei einem Anschlag auf Polizisten und verbündete Milizen mindestens 13 irakische Sicherheitskräfte getötet. Weitere neun Menschen wurden verletzt. Ermittlungsergebnissen zufolge wurde der Anschlag vom IS verübt. Dieser hat sich aber bisher nicht dazu bekannt. Bei einem Anschlag im Juli 2015 in der Provinz Diyala kamen mindestens 120 Menschen ums Leben. Zu diesem Anschlag hatte sich der IS bekannt.

Bei Anschlägen in schiitischen Vierteln von Bagdad wurden laut Pressemeldung vom 05.08.15 mindestens zehn Menschen getötet. So starben in Sadr City bei der Explosion eines Fahrzeuges mindestens sechs Menschen, mindestens zwölf wurden verletzt. Im Stadtteil al-Husseiniya wurden bei einer weiteren Explosion mindestens vier Menschen getötet und weitere elf verletzt.

Versorgungslage

Am 04.08.15 verkündete die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die vorübergehende Einstellung von 184 Versorgungsdiensten in zehn irakischen Verwaltungsbezirken. Insgesamt seien 84% der Gesundheitsprogramme eingestellt. Grund dafür sei ein akuter Geldmangel.

Demonstrationen gegen schlechte Grundversorgung

Die anhaltenden Probleme bei der Grundversorgung, insbesondere bei der Wasser- und Stromversorgung, in weiten Teilen des Iraks haben zu zahlreichen Protestkundgebungen geführt. Die Demonstranten machen die Korruption und die Ineffizienz der Verwaltung dafür verantwortlich. Von Protestaktionen wurde insbesondere aus Bagdad, Basra, Nassirija, Najaf, Kerbala und Hilla berichtet. Die Demonstrationen blieben friedlich. Der irakische Ministerpräsident Haidar al-Abadi hat Reformen gegen die Korruption angekündigt. So soll eine Kommission die Vorwürfe gegen Regierungsbeamte untersuchen.

Türkei

Selbstmordanschlag in Vorort von Istanbul

Bei einem Schusswechsel nach einer Explosion vor einer Polizeiwache in Sultanbeyli, einem Vorort der türkischen Metropole Istanbul, sind einem Medienbericht zufolge zwei Menschen getötet worden. Bei ihnen handelt es sich um die Angreifer, wie die Nachrichtenagentur Dogan am 10.08.15 meldete. Zudem seien zehn Menschen verletzt worden. Die Polizei bestätigte zunächst nur, dass drei Polizisten und sieben Zivilisten bei dem Anschlag verletzt worden seien, machte aber keine Angaben über Tote. Zuvor war es vor dem US-Konsulat in Istanbul Medienberichten zufolge zu einem Schusswechsel gekommen. Zwei Angreifer hätten am Montagmorgen Schüsse vor dem Gebäude abgegeben, berichtete der Sender CNN Türk. Niemand sei verletzt worden.

Auseinandersetzungen mit der PKK

Die türkische Luftwaffe setzte vergangene Woche ihre Angriffe auf Stellungen der PKK im Nordirak fort. Die türkische Regierung leitete zudem Ermittlungen wegen angeblicher ziviler Opfer bei den Luftangriffen in den Kandil-Bergen ein. Die PKK attackierte weiterhin Polizei- und Armeeposten in der Türkei, wobei bisher mindestens 15 Sicherheitskräfte ums Leben gekommen sein sollen. In mehreren Städten im Südosten der Türkei kam es zu Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Ermittlungen gegen kurdischen Politiker

Nach Berichten der amtlichen Nachrichtenagentur Anadolu hat die türkische Justiz am 30.07.15 Ermittlungen gegen den Co-Vorsitzenden der prokurdischen HDP, Selahattin Demirtas, eingeleitet. Ihm wird vorgeworfen, im Oktober 2014 Kurden zu bewaffneten Protesten angestachelt zu haben, wobei mehr als 40 Menschen starben. Damals rückte der IS gegen die syrisch-kurdische Stadt Kobane vor. Die Kurden warfen der türkischen Regierung mangelnde Unterstützung vor. Demirtas bestreitet zudem den Vorwurf, er unterhalte Kontakte zur PKK und bekomme Anweisungen von ihr. Demirtas rief inzwischen mehrfach zu einer Waffenruhe und zur Rückkehr zu Verhandlungen auf.

Staatspräsident Erdogan forderte das Parlament auf, die Immunität für Abgeordnete aufzuheben, die unter Verdacht stünden, Verbindungen zur PKK haben. Damit zielt er auf die HDP, die bei der Parlamentswahl Anfang Juni stark abgeschnitten und die AKP um die absolute Mehrheit gebracht hatte.

Journalisten angeklagt

In der Türkei wurden vergangene Woche 18 Journalisten wegen angeblicher Terror-Propaganda angeklagt, die Istanbuler Staatsanwaltschaft fordert bis zu siebeneinhalb Jahre Haft. Zu den Angeklagten, die für neun verschiedene Zeitungen arbeiten, gehört auch der Chefredakteur der regierungskritischen Zeitung „Cumhuriyet“, Can Dündar. Die Journalisten hatten im März 2015 Fotos von einem Staatsanwalt veröffentlicht, der in seinem Istanbuler Amtszimmer von Terroristen der linksextremen Gruppe DHKP-C für sieben Stunden als Geisel genommen worden war. Die Geiselnnehmer hatten die Fotos über soziale Medien verbreitet. Der Staatsanwalt und die beiden Geiselnnehmer kamen bei einem Befreiungsversuch ums Leben. Bei dem Staatsanwalt handelte es sich um den Ankläger im Fall des Jugendlichen Berkin Elvan, der bei den Gezi-Protesten 2013 von einer Tränengaskartusche der Polizei tödlich verletzt worden war.

Syrien

Kämpfe gehen weiter/IS verschleppt Christen

Bei einem Angriff des IS in der Nacht zum 09.08.15 auf vier Dörfer im Norden der Provinz Aleppo sollen 30 Kämpfer umgekommen sein.

Bei einem Raketenangriff auf Damaskus am 08.08.15 gab es elf Tote, darunter drei Kinder, und 46 teils lebensgefährlich Verletzte. Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte und der syrisch-orthodoxen Kirche nahm der IS in den vergangenen Tagen mehrere Orte ein, die von assyrischen Christen bewohnt werden, und verschleppte Hunderte Bewohner. Auch am 09.08.15 fehlte von mindestens 230 Menschen noch jede Spur. Am 06.08.15 eroberte der IS die Stadt Qariyatin in der Provinz Homs mit etwa 40.000 Einwohnern und stieß weiter vor in Richtung der Orte Mhin und Sadad.

Bereits seit einem Jahr (ab 08.08.14) bekämpfen die USA und ihre Verbündeten den IS. Dafür gaben die USA bislang 3,5 Milliarden Dollar aus. Sie flogen mit den Verbündeten fast 6.000 Luftangriffe und töteten etwa 10.000 Kämpfer des IS. Er soll jedoch weiterhin über 20.000 – 30.000 Mann verfügen, da die Miliz ihre Verluste durch neue Rekruten ausgleichen kann, sowie ausreichend Geld besitzen, das aus geplünderten Banken und Ölverkäufen, Schutzgeldern, Steuern und Raubgut stammt. In Nordsyrien wurde der IS mit Hilfe kurdischer Milizen (YPG) aus einem 17.000 Quadratkilometer großen Gebiet vertrieben. Von der Grenze der Türkei mit Syrien kontrolliert der IS nicht mehr 300 Kilometer, sondern nur noch 110 Kilometer.

UN-Resolution zu Chlorgaseinsatz in Syrien

Am 07.08.15 wurde eine Resolution vom UN-Sicherheitsrat einstimmig angenommen, in der der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) damit beauftragt wurden, Ermittlungen zu dem Einsatz von Chlorgas in Syrien vorzubereiten. Der Sicherheitsrat könnte auch Sanktionen erlassen, wenn die Verantwortlichen festgestellt würden. Chlorgas fällt zwar nicht unter die Konvention zu verbotenen Chemiewaffen, da es auch für zivile Zwecke genutzt werden darf, allerdings ist der Einsatz als Waffe verboten.

Iran

Kulturminister verspricht mehr Pressefreiheit

Der iranische Kulturminister Ali Jannati hat mehr Freiheiten für die Medien im Land angekündigt. Er wolle das Pressegesetz reformieren, sagte Minister am 09.08.15 der Nachrichtenagentur ISNA zufolge. Nach dem bisherigen Gesetz kann ein kritischer Artikel als Gefährdung nationaler Interessen oder Landesverrat ausgelegt werden. Dies führte in den vergangenen Jahren zum Verbot mehrerer Zeitungen. Auch für ausländische Medien soll es demnächst Erleichterungen geben. Dafür ist laut Jannati eine neue Kommission mit Vertretern aus Kultur-, Außen- und Informationsministerium zuständig. Diese Kommission werde Visa ausstellen und eine Arbeitserlaubnis für mindestens zehn Tage in Iran erteilen. Kritische Medienvertreter, die wegen sogenannter „feindseliger“ Artikel auf einer schwarzen Liste stehen, dürfen demnach ebenfalls wieder in den Iran reisen. Auch mehrere deutsche Journalisten sollen aufgeführt sein.

Palästinensische Autonomiegebiete

Deutlich gestiegene Kindersterblichkeit im Gazastreifen

Nach einer am Wochenende veröffentlichten Studie der Vereinten Nationen und des UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) geht hervor, dass erstmals seit mehr als einem halben Jahrhundert die Kindersterblichkeitsrate im Gazastreifen gestiegen ist. Nach der Studie ging die Kindersterblichkeitsrate seit 1960 zunächst beständig zurück: Starben 1960 von tausend Kindern im Alter unter einem Jahr 127, waren es 2008 nur noch 20,2. Den letzten Daten von 2013 zufolge gab es jedoch einen Anstieg auf 22,4 Todesfälle. Bei den Säuglingen starben den Angaben zufolge 2008 zwölf von tausend in den ersten vier Wochen nach ihrer Geburt. Im Jahr 2013 waren es hingegen 20,3 Säuglinge. Der plötzliche Anstieg im Nahen Osten sei beispiellos, erklärte der Leiter des UNRWA-Gesundheitsprogramms, Akihiro Seita. Mit dazu beigetragen haben könnte Seita zufolge die Blockade des Gazastreifens durch Israel.

Jemen

Luftangriff nahe der Provinzhauptstadt Sinjibar

Bei einem versehentlichen Luftangriff auf eigene Verbündete hat die saudische Militärkoalition im Jemen mindestens acht Menschen getötet. Nach Berichten örtlicher Journalisten wurden bei dem Angriff am 08.08.15 nahe der Provinzhauptstadt Sinjibar im Südosten ferner 16 regimetreue Kämpfer verletzt. Die Allianz flog Angriffe in der Region, um die Gegner der aufständischen Houthi-Rebellen zu unterstützen. Sinjibar, das umkämpfte Zentrum der Provinz Abijan, wurde den Meldungen nach am 09.08.15 vollständig von den regimetreuen Milizen eingenommen. Seit Mitte Juli sind die schiitischen Houthi-Rebellen im Süden des Jemens in der Defensive. Sie verloren die Kontrolle über die wichtige Hafenstadt Aden, die südliche Provinz Lahij sowie einen der größten Luftwaffenstützpunkte des Landes.

Libyen

Tote bei Autobombenanschlag

Bei der Detonation einer Autobombe in der östlichen Hafenstadt Derna kamen am 09.08.15 sieben Menschen ums Leben, 19 weitere sollen verletzt worden sein. Für den Anschlag übernahm bisher niemand die Verantwortung. Der IS soll nach Angaben der Bewohner Dernas am vergangenen Sonntag versucht haben, die Hafenstadt zurückzuerobern.

Burundi

Anschlag auf Menschenrechtsaktivisten

Am 03.08.15 wurde Pierre Claver Mbonimpa, prominenter Menschenrechtler und Präsident der Vereinigung für den Schutz der Menschenrechte und inhaftierter Personen (APRODH), in Bujumbura von Unbekannten angeschossen. Der nicht lebensgefährlich Verletzte soll in Belgien medizinisch behandelt werden.

Übergriffe auf mutmaßliche Regierungsgegner

Human Rights Watch dokumentiert in einem am 06.08.15 veröffentlichten Bericht mehr als 148 Fälle von Übergriffen auf mutmaßliche Regierungsgegner. Polizei, Geheimdienst und die regierungsnaher Jugendorganisation Imbonerakure seien für willkürliche Festnahmen, Misshandlungen und Folter in vier Provinzen und der Hauptstadt Bujumbura zwischen April und Juli 2015 verantwortlich. Landesweit soll die Zahl der Fälle insgesamt noch höher liegen.

Zentralafrikanische Republik

Aktuelle Lage

Der UN-Sondergesandte für die Zentralafrikanische Republik und Leiter der UN-Mission MINUSCA, Babacar Gaye, berichtete am 05.08.15 vor dem UN-Sicherheitsrat von einer insgesamt verbesserten Sicherheitslage im Lande. Dazu hätten politische Fortschritte und die Stationierung von UN-Friedenstruppen an fast 40 Orten beigetragen. Gleichwohl bleibe die Sicherheitslage heikel. Auch die humanitäre Lage sei weiterhin besorgniserregend. Mehr als 2,7 Millionen Menschen benötigten Unterstützung.

Südsudan

Verhandlungen wieder aufgenommen

In Addis Abeba begann am 05.08.15 eine neue Verhandlungsrunde zwischen der südsudanesischen Regierung und den Rebellen um den ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar. Zur Diskussion steht ein von der ostafrikanischen Regionalorganisation IGAD (Intergovernmental Authority for Development) und der Afrikanischen Union eingebrachter Kompromissvorschlag, der die Bildung einer Übergangsregierung unter Beteiligung von Präsident Salva Kiir und Rebellenführer Riek Machar vorsieht. Falls sich die Konfliktparteien bis zum 17.08.15 nicht einig sollten, will die IGAD Sanktionen verhängen.

Der im Dezember 2013 ausgebrochene Konflikt forderte bisher ca 20.000 Todesopfer. Etwa 2,2 Mio. Menschen wurden vertrieben oder flohen.

Nigeria

Angriffe und Selbstmordanschlag der Boko Haram

Am 09.08.15 überfielen mutmaßliche Kämpfer der Boko Haram im Bundesstaat Borno auf der Verbindungsstraße Damboa – Biu ein mit sechs Personen besetztes Auto. Vier Insassen wurden erschossen, zwei erlitten Verletzungen.

Am 05.08.15 attackierten Kämpfer der Boko Haram im nordöstlichen Bundesstaat Yobe die beiden Dörfer Tadagara und Dunbulwa (Fika LGA). Sie töteten mindestens 25 Einwohner, plünderten Häuser und Geschäfte und brannten Gebäude nieder.

Niger-Delta: Piratenüberfall auf „Joint Task Force“

Am 07.08.15 griffen im südlichen Bundesstaat Bayelsa mutmaßliche Piraten in vier Schnellbooten den in der Stadt Nembe befindlichen Stützpunkt der aus Militär und Polizei bestehenden „Joint Task Force“ an. Sie töteten vier Soldaten und einen Polizisten. Auch wurden Waffen entwendet. In Reaktion auf den Überfall zerstörte die Armee ein Lager von Militanten und verhaftete sechs von ihnen. Größere Mengen an Waffen und Munition sowie drei Schnellboote wurden sichergestellt.

Mali

Weitere Angriffe

Bei einem mutmaßlichen islamistischen Überfall auf das Dorf Gaberi im Nordosten Malis wurden am 09.08.15 mindestens zehn Menschen getötet. Am 08.08.15 konnte eine mehr als 24-stündige Geiselnahme in einem Hotel in Sévaré (Zentralmali) mit mindestens zwölf Toten, darunter fünf Mitarbeiter der MINUSMA, beendet werden. Bereits am 03.08.15 wurden bei einem Angriff auf einen Stützpunkt in Gourma-Rharous (nahe Timbuktu) mindestens zehn Soldaten getötet. Die Armee geht davon aus, dass die islamistische Tuareg-Gruppe Ansar Dine Urheber der Angriffe ist. Zwei Soldaten wurden bei einem Angriff am 01.08.15 auf einen Militärkonvoi auf der Verbindungsstraße zwischen Nampala und Diabaly (rund 400 km nördlich von Bamako) getötet.

Senegal

Islamkonferenz in Dakar

In Dakar haben am 31.07.15 rund 500 muslimische religiöse Führer und Experten aus Afrika beraten, welche Maßnahmen gegen islamistischen Terror ergriffen werden können, wie das weltweite Ansehen des Islams verbessert und der Dialog der Religionen vertieft werden können. Die Experten erkennen einen Trend, dass sich unterschiedliche Islamströmungen in den arabischen Ländern und in Afrika entwickeln. Da der arabische Islam vielfach durch Orthodoxie geprägt ist und besonders in der Subsahara aggressiv verbreitet wird, entwickelt sich auch in afrikanischen, muslimischen Ländern wie Senegal Verunsicherung und ein Angstgefühl vor Terrorismus. Konkrete Maßnahmen wurden nicht beschlossen.

Tschad

Todesstrafe wieder eingeführt

Im Kampf gegen die Terrorgruppe Boko Haram führt der Tschad die Todesstrafe wieder ein. Das Parlament verabschiedete einstimmig ein Gesetz, wonach schwere terroristische Akte künftig mit dem Tod bestraft werden können. Nach dem neuen Gesetz kann die Polizei Verdächtige bis zu 30 Tage lang ohne Anklage festhalten (vorher 48 Stunden). Zudem wird die Strafe für weniger schwere Terrorakte von 20 Jahren Haft auf lebenslänglich erhöht.

Der Tschad war gerade dabei, die Todesstrafe ganz abzuschaffen. Seit 1991 galt ein Moratorium für Exekutionen, das nur einmal (im Jahr 2003) unterbrochen wurde.

Auch andere afrikanische Länder haben ihre zuvor aufgehobene oder abgeschaffte Todesstrafe wieder eingeführt. So hob Gambia Mitte Juli 2015 eine im Jahr 2012 verabschiedete Aussetzung von Exekutionen wieder auf.

Westbalkan

Aufklärungsvideo gegen Armutszuwanderung

In Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien soll ein „Rückführungsvideo“ in den Landessprachen gezeigt werden. Der vierminütige Spot, der am 07.08.15 veröffentlicht wurde, soll Menschen aus den Westbalkanstaaten über die geringen Aussichten auf Asyl in Deutschland aufklären. „Ruinieren Sie nicht sich und Ihre Familie finanziell und wirtschaftlich für eine Schleusung nach Deutschland“, mahnt die Bundesregierung in dem Spot.

Seit Monaten schon versuchen die Auslandsvertretungen, den Menschen über Zeitungsanzeigen, Fernsehauftritten und Besuche in besonders betroffenen Regionen klarzumachen, dass ihre Chancen minimal sind (vgl. BN vom 03.08.15).

Kosovo/Montenegro

Regierungen werben für Einstufung als sichere Herkunftsländer

Die Ministerpräsidenten Kosovos (Isa Mustafa) und Montenegros (Milo Djukanovic) werben dafür, in Deutschland als „sichere Herkunftsstaaten“ anerkannt zu werden. Die Regierungen beteuern, dass ihren Bürgern keine politische Verfolgung drohe. Es gebe keine politischen Gründe, weshalb ein Bürger um Asyl in einem anderen Staat ansuchen müsse.

Kosovo

Parlament stimmt für Kriegsverbrechertribunal

Nach monatelangem Tauziehen und nur auf massiven Druck der USA und der EU hat das Parlament mit einer Verfassungsänderung den Weg für ein Sondertribunal geebnet. In den angestrebten Prozessen sollen Kriegsverbrechen aufgearbeitet werden, die von der inzwischen aufgelösten Kosovo-Befreiungsarmee (UCK) in der Zeit von 1998 bis Ende 2000 begangen worden sein sollen. Ehemaligen Mitgliedern der UCK wird u.a. vorgeworfen, standrechtliche Erschießungen und Entführungen begangen sowie Gefangenen Organe entnommen und verkauft zu haben. Bisher ist es nicht gelungen, Spitzenleute der UCK strafrechtlich zu belangen.

Die Opposition boykottierte die Abstimmung. Vor dem Parlament protestierten UCK-Veteranen. Die UCK-Kämpfer gelten bei vielen weiterhin als Helden. Das unter der Schirmherrschaft der EU stehende Sondergericht dürfte Anfang 2016 erstmals zusammentreten. Es soll Teil des Justizsystems Kosovo sein, besonders heikle Verfahren werden jedoch voraussichtlich im Ausland stattfinden.

Die Einrichtung des Tribunals ist die Folge eines 2011 vom damaligen Sonderberichterstatter des Europarats, Dick Marty, veröffentlichten Berichts. Belastet wurden u.a. auch Außenminister Hashim Thaçi sowie heutiges Führungspersonal v.a. der Demokratischen Partei (PDK).

EJR Mazedonien

Flüchtlingskrise – Hilfe von EU gefordert

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise fordert Mazedonien rasche Hilfe von der Europäischen Union. Mehr als 2.000 Menschen überschreiten täglich illegal die griechisch-mazedonische Grenze. Laut UNHCR hätten bis Ende Juli 124.000 Menschen Griechenland erreicht (vgl. BN vom 03.08.15).

Großrazzia gegen Islamisten

Am 04.08.15 fand in fünf Städten (Skopje, Struga, Kumanovo, Tetovo und Gostivar) eine Großrazzia statt. Dabei wurden mehrere Personen festgenommen. Sie werden verdächtigt, an der Seite des IS in Syrien gekämpft oder Kämpfer für den IS rekrutiert zu haben. Unter den festgenommenen Personen soll sich auch ein Imam aus Skopje befinden. Die Aktion richtet sich vor allem gegen die albanische (muslimische) Bevölkerung.

Montenegro

Wahhabiten des Landes verwiesen

Die montenegrinische Polizei hat am 03.08.15 in Podgorica vier Wahhabiten aus Serbien und Bosnien ohne Aufenthaltsgenehmigung aus sicherheitspolitischen Gründen des Landes verwiesen.

Die Zahl der Wahhabiten wird in Montenegro auf etwa 100 bis 120 geschätzt, ihr Zentrum ist wohl die nordöstliche Gemeinde Plav an der Grenze zu Kosovo und Albanien.

Ukraine

Brandanschlag auf OSZE-Fahrzeuge

In der Nacht vom 08. auf den 09.08.15 wurden bei einem Brandanschlag in Donezk vier gepanzerte Fahrzeuge der OSZE-Beobachter komplett, drei weitere teilweise zerstört. Verletzte gab es keine. Der Separatistenführer Denis Pushilin hat erklärt, sie seien nicht daran interessiert, dass die OSZE-Mission beendet wird. Mehr als 500 Mitarbeiter der OSZE befinden sich als Beobachter im Krisengebiet.

Die Lage ist seit 07.08.15 weiter verschärft. Am 07.08.15 wurden Verletzungen der Waffenruhe am Flughafen Donezk gemeldet und am 09.08.15 Schießereien in der von Rebellen besetzten Stadt Horlivka.

Indien

Friedensabkommen mit Nagaland-Rebellen

Die indische Regierung hat am 03.08.15 ein Friedensabkommen mit der NSCN-IM (National Socialist Council of Nagaland-Isak-Muivah) geschlossen, der wichtigsten Rebellengruppe im Unionsstaat Nagaland. Der Konflikt um die ethnische Minderheit der Naga besteht bereits seit der Unabhängigkeit Indiens (1947). Nagaland gilt nach Kaschmir als unruhigste Region Indiens. Details des Abkommens wurden nicht bekanntgegeben. Bisher scheiterten Verhandlungen an der Forderung der Rebellen nach staatlicher Eigenständigkeit des Siedlungsgebiets der ca. zwei Millionen Naga. Auch in den angrenzenden Unionsstaaten sowie im Nachbarstaat Myanmar leben Angehörige der Volksgruppe.

Ob der Konflikt mit dem Abkommen tatsächlich beendet werden kann, muss abgewartet werden, da eine zweite Fraktion der NSCN, die nach einer Spaltung in 1988 entstanden ist, sich bisher nicht zu den Verhandlungen geäußert hat. Sie operiert aus Myanmar heraus und gilt als weniger kompromissbereit. Im Juni tötete diese Gruppierung 26 indische Armeeeingehörige. Das Militär reagierte mit Vergeltungsschlägen.

China

Staatliche Maßnahmen gegen Bürgerrechtsanwälte

Der Organisation China Human Rights Lawyers Concern Group (CHRLCG) zufolge wurden im Rahmen der jüngsten Serie von Schritten gegen Bürgerrechtsanwälte (vgl. BN v. 13.07.15) bis zum 07.08.15 insgesamt 267 Rechtsanwälte, Mitarbeiter von Kanzleien und Aktivisten Ziel von staatlichen Maßnahmen wie vorübergehenden Festnahmen oder Vernehmungen. Mehr als 20 von ihnen sollen sich noch in Haft befinden.